

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6198
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 24 000 Exemplaren.

Inhalt.

Die große Blamage. — Aus den Revier-Inspektionen Berlins. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Notizen über Feuerungsanlagen. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Anzeigen.

Die große Blamage.

Der „rote Sonntag“ ist gewesen und die gesamte deutsche Arbeiterschaft hat nicht nur allein der russischen Revolution ihre Sympathien verkündet, sondern sie hat, was uns im gegebenen Moment viel wichtiger erscheint, überall für ein freies Wahlrecht in den Bundesstaaten demonstriert. Für die Arbeiterschaft ist diese Lösung der Wahlrechtsfrage von größter Bedeutung, auch die Gewerkschaften haben ein großes Interesse daran.

Die reaktionären Aechtlinge verchanzen sich hinter das Dreiklassenwahlrecht in Staat und Gemeinde. Nicht genug, daß sie in den Dreiklassenparlamenten ihre Herrschaft zu verewigen gedenken, wählen sie auch gegen das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zum Deutschen Reichstages. Die Dreiklassenparlamente sind nachgerade zu einer großen Gefahr für die freie Entwicklung des Volkes geworden und darum war es die höchste Zeit, ihnen eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Den Wahlrechtskämpfern der letzten Jahre, Monate und Wochen muß energischer entgegengetreten werden. Die Reaktion feierte, nachdem für den 21. Januar eine allgemein friedliche Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht angekündigt war, einen wahren Herkuleskampf. Krantpinker und Schlotbarone und sich einig in dem Bestreben, die Arbeiterschaft zu entrechteten und zu knebeln. Da die deutsche Arbeiterschaft sich nicht, ihre Rechte zu fordern, werden sie ungebärdig.

Am letzten Sonntag haben die Reaktionäre wieder einmal recht ihre Herzenswünsche ad oculus demonstriert. Der Säbel, die Mante und sogar die Kanonen sollten in Funktion treten. In aller Form war gegen den „inneren Feind“ mobil gemacht worden. Das gesamte Militär war konfiguriert. Die Scharmacher haben wochenlang vorher gehetzt. Die Wahlrechtsdemonstrationen in Leipzig, Dresden und Hamburg hatten ihnen den letzten Rest ihres armseligen Verstandes genommen. Der schändlichste Wüßling mußte herhalten, um gegen die Arbeiter scharf zu machen. Im reaktionären Nickerbalm haben sie sich tief im Blute der Revolution waten und schwelgen schon im Vorgehens kommender Zuchthaus- und Ausnahmegeleise. Den unteren Beamten und den Arbeitern in staatlichen Betrieben verbot man auf dem Disziplinarwege die Teilnahme an Demonstrationen und Wahlrechtsversammlungen. Am ganz sicher zu gehen, wurden sie zur kritischen Zeit zu den Dienststellen beordert. Unsere Vorkantaten sind

losterbar! Die Freiheit läßt sich nicht verbieten. In diesen Dingen sind nun einmal diese Herrschaften etwas reichlich begrifflos.

Der reaktionären Liebe Müß war umsonst. Der „innere Feind“ zeigte sich nicht. Es gab nichts zu hauen und zu schießen. Schauerhafte Blamage vor allen fünf Erdteilen! Revolution auf Bestellung gibt es nun einmal nicht in der Weltgeschichte. Die organisierte Arbeiterschaft hat die Lächer auf ihrer Seite. Um die Blamage zu erhöhen, wird am Tage nach der Wahlrechtsdemonstration verkündet, daß in Preußen auf absehbare Zeit keine Aenderung des Wahlgesetzes beabsichtigt sei. Kurz vorher betont im Süden des Reichs ein künftiger deutscher König die Notwendigkeit größerer Volksrechte.

Am „roten Sonntag“ schlug den preussisch-deutschen Reaktionären aber das böse Gewissen und sie wittern Morgenluft. Das Dreiklassenwahlrecht wird fallen und muß dem freien, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht Platz machen. Wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, läßt sich nicht voraussagen. Aber der Tag der großen Blamage hat bewiesen, daß der Anarchismus des elendesten aller Wahlsysteme am längsten in unsere Zeit hineingeragt hat. Das östliche und politische Leben demokratisiert sich zusehends. Süddeutschland, Frankreich, England und selbst Persien bringen Belege dafür. Die organisierte Arbeiterschaft tritt immer deutlicher als ein wirksamer Faktor in diesem Werke hervor und darum achtet auch ihr deutschen Staats- und Gemeindegewerkschaft auf die Zeichen der Zeit. Tretet alle, Mann für Mann in die Reihen der Kämpfer für Freiheit und Volksrechte!

Aus den Revier-Inspektionen Berlins.

In letzterer Zeit sind mehrfach Entlassungen vorgekommen, ohne daß die Kollegen irgend einen stichhaltigen Grund dafür wußten. In der 29. Revier-Inspektion wurde z. B. der Mohrleger Radziewa wegen einer Unsauberkeit entlassen. Späterhin wurde der Kollege wieder eingestellt und zwar als Arbeiter. Da sagt nun der Revierleiter, der Mann wäre nach neunjähriger Dienzeit nicht mehr fähig, seine Arbeit als Mohrleger zu verrichten. Dabei hat er immer zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten seinen Dienst getan. Da müssen wir denn doch fragen, ist die Meinung des Revierleiters allein maßgebend? Warum hat die Überinspektion den Fall nicht gründlich untersucht? Mann sie es wirklich gut heißen, daß es täglich um 80 Pf. schlechter gestellt wird?

Auf demselben Revier wurde der Arbeiter Werner entlassen und man hört, weil er — die Nachmacherei in der Munde nicht in Ordnung gebracht hätte. Als man der Kollege Werner beim Herrn Überinspektor vorstellte, erwiderte derselbe, daß er nichts in der Sache tun konnte. Trotzdem versichert der Herr Überinspektor dem Arbeiterausbau gegenüber, daß in solchen Fällen die Arbeiter zu ihnen kommen sollen und er stets eine genaue Untersuchung veranlassen werde. Werner hat daraufhin ein Gesuch an die Direktion eingereicht und bleibt abzuwarten, wie diese entschieden.

In der 22. Revier-Inspektion stellte kürzlich der Revierinspektor einen Arbeiter, welcher von der Land-Verwaltung wegen der Schmutz-Rechtigkeit beurlaubt war, wegen Arbeitsmangel nicht wieder ein, trotzdem er Ansuchen von anderen Revieren verlangte. Ein

solches Verhalten kann aber mit den Bestimmungen der Direktion nicht in Einklang gebracht werden. In der bekannten Verfügung heißt es, daß der Widerentstellung nichts im Wege steht. Der Kollege Schulz reichte ein Gesuch ein und erzielte damit seine Wiedereinstellung. Ob die Direktion diesem Kollegen wohl auch den Lohnersatzfall, den er durch den Revier-Inspektor hatte, nachzahlen wird? Als in einer anderen Sache desselben Reviers der Arbeiterausschuß in einer Sitzung diese Angelegenheit erörterte und der Herr Revier-Inspektor davon Kenntnis erhielt, wollte er aus dem Säusden gehen. Hier auf andern sagte er zu dem Veröinal, daß der Herr Ober-Inspektor nach dem Revier kommen werde und das Veröinal betragen wolle, wer im Veröinde der hiesigen Arbeiter organisiert ist. (Öffentlich alle, S. M.) Es ist dies offenbar eine Drohung, die sich mit dem Koalitionsrecht nicht recht verträgt. Schon bei einer früheren Gelegenheit äußerte derselbe Herr sich nicht sehr freundlich über den Verband.

Es erregt den Anschein, als ob einige Revierleiter gegen die Organisation Ängst machen wollen. Diese Entlassungen erbittern die Kollegen und sie kehren wieder einmal, wie notwendig der Zusammenhalt aller Kollegen ist. Ferner muß unser Verband energisch vorgehen und verlangen, daß bei Entlassungen der Arbeiter auswärts zuvor gehört wird oder sonstige Sicherheit geschaffen wird, daß der hiesige Arbeiter nicht immer ein Spielball der Launen diverser Vorgesetzter bleibt. Also größere Sicherheit unserer Position ist unbedingt erforderlich!

Notizen für Gasarbeiter.

Breslau. Die Gasarbeiter und Handwerker der drei Breslauer Gaswerke haben in zwei Vormittags- und Abend-Verfammlungen, die Ende November stattfanden, mit 259 gegen 2 Stimmen beschlossen, auch ab 1. Januar den Kampffonds, der außer dem ordentlichen Wochenbeitrage bezahlt wird, weiter zu zahlen und nicht eher zu ruhen, bis auch in Breslau in den Gaswerken der Achtundentag für die Arbeiter der Feuerhäuser und der Keunhunderttag für die Hofarbeiter und alle Handwerker der Gaswerke zur Einführung gelangt ist.

In Breslau wird bereits seit 1. Oktober der Kampffonds gezahlt und ist bereits eine ansehnliche Summe gesammelt. Die Begünstigung unter den Kollegen — Arbeitern wie Handwerkern — ist dafür eine große, denn ein jeder ist davon überzeugt, daß aus dem sozialen Empfinden unserer Verwaltung allein der Aht und besonders der Keunhunderttag nicht eingeführt wird.

Verichtigung. Nicht auf Köln, sondern auf Düsseldorf soll sich die Notiz bez. Einführung des Achtundentages in den Gaswerken (Spalte 35 voriger Nummer) beziehen. Es ist uns da ein Irrtum unterlaufen, den wir hiermit richtig stellen. Wir erlauben unsere Verbandsfunktionäre, in ihren Sammlungen einen entsprechenden Vermerk zu machen.

Aus unserer Bewegung.

Berlin V. (Straßenreiner.) Öffentliche Verfammlungen am 3. Januar 1906. Nach einem recht beifällig aufgenommenen Besuche des Kollegen Wagns über Organisationsfragen erörterte Kollege Schulz Bericht von der letzten Arbeiterauswärtsitzung. Es seien von den fremdlichen Herren in der Deputation die früher schon gestellten Anträge betr. eine Stunde-Abendbrötchen für den Abendessen, sowie freie Montage abermals abgelehnt worden. Desgleichen die Anträge betreffend Regelung der Feiertagsarbeit und Vergütung für den Abendessen. Bewilligt wurde der Tageslohn eine Stunde früher Feierabend am Heiligabend. Außerdem wurde der Vorarbeiter Beckert antragsgemäß von der 19. Abteilung veröit. Während früher beim ersten Zurechfall nach geleisteter Nacharbeit noch Nachmittagsarbeiten verrichtet werden mußten, ist das diesmal nicht der Fall gewesen. Der Anschlag wies nämlich nach, daß, wenn Nebenstunden zu bezahlen gewesen wären, und dafür ist die Verwaltung nicht zu haben. Ziehe auch zweiten Weihnachtsstag. Das Erwerbsmitglied Nachschick, ebenfalls dem Anschlag, angedörig, versprach, nach einer Bekanntschaft des gegen den Verband gerichteten Abganges in der nächsten Erwerbsversammlung zu berichten. Eine launige Diskussion erwiderte sich über die weintraubenmarken, den. Da ist vom Erwerbs in letzter Stunde vor der letzten Wahl ein Abzahn losgelassen worden gegen die Verbandsmitglieder. Viele Individuen sind da bekannt, die nicht mehr vor der Wahl widerlegt werden konnten. Die Erwerbsmitglieder werden übrigens selbst noch merken, daß alle die gemachten Versprechungen von ihren eigenen Vätern nicht eingehalten werden, und man wird ja wieder einmal sehen, wie in der Praxis Beschlüsse als Nichterwählter sich erweisen werden.

Samarandorf. Zehntensammlung am 15. Dezember 1905. Aus dem reichlichen Erwerb, erzielte Jahrbericht haben wir hervorgehoben. Es fanden im Jahre 1905 7 Gewerkschaften, 3 Reichsvereinsvereine und 1 Ortsstelle 8 Sammlungen statt; außerdem 10 Festveranstaltungen. Die öffentlichen

Verfammlungen befaßten sich hauptsächlich mit der Einführung eines Kampf resp. Achtstundensfonds und waren zumeist gut besucht. Der Beitrag wurde durch Abstimmung in der Sektion von 30 Pf. auf 45 Pf. ab 1. September 1905 erhöht. An außerordentlichen Unterstüßungen wurden 180 Mk. und für Sterbefälle (bei Frauen und Kindern) 130 Mk. gezahlt. Auf Listen wurden gesammelt für die Tabakarbeiter 75,58 Mk., für die Elektro-Industrie 118,60 Mk. und für die Bierzeimer Gasarbeiter 63,65 Mk. Dem Mitarbeiter wurde auf Antrag der Revieroren Lecharge erteilt. Die Reuwbelen ergaben: Sektionsleiter Härtel; Stellvertreter Kapp; Mitarbeiter Münzberg; Stellvertreter Widlen; Schriftführer Gottschalk; Stellvertreter Moppink; Revieroren Schüpe, Petersen, Anglaube, Pradlo und Thomas. Beitragsammler Tread, Gollisch, Stöppel, Ralefski, Kapp, Ahle, Widlen III und Zimmermann. Mit einem Appell an die Vertrauensleute und Mitglieder, auch im neuen Jahre gut zusammenzubehalten und den Verband zu fördern, wurde die Verfammlungen geschlossen.

Bremen. Das abgelauene Geschäftsjahr war auch für die Ahtiale Bremen ein arbeits- und erfolgreiches. Wenn auch die bremischen Staatsarbeiter leider in ihrer Mehrzahl die Notwendigkeit der Organisation noch nicht begriffen haben, so hat dies zum Teil seinen Grund in den eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnissen eines großen Teiles dieser Arbeiter. Bei der Straßenreinigung, der Bauverwaltung, besonders beim Wasserbau, bei den Häfen und Eisenbahnen sind fast durchweg Arbeiter beschäftigt, welche in der ländlichen Umgebung Bremens wohnen, dort meist Eigentümer oder Mieter eines kleinen Anwesens, treiben sie Landwirtschaft, Zucht, Schweine- und Ziegenzucht und verwenden auf diesen Nebenberuf jede freie Stunde, in der sie nicht im Dienste der Gemeinde fronen müssen. In kurzfristiger Verlehnung ihres eigenen Wohlens treiben sie Aunbau mit ihrer Arbeitskraft, kumpfen gegen alles, was nicht mit Essen, Schlafen und Arbeiten zusammenhängt, vollständig ab und bilden so, gewiß ungewollt, ein gewaltiges Hindernis in den Bestrebungen der bremischen organisierten Kollegen. Doch auch in diesen Kreisen beginnt es allmählich zu tagen und bei unablässiger Arbeit wird es auch wohl gelingen, bei dieser Kollegen das Klassenbewußtsein zu wecken, umso mehr, als uns bei dieser unserer Arbeit der Staat selbst zu Hilfe kommt, indem er die berechtigten Petitionen, welche die Kollegen, um ja nicht in den Verdacht zu kommen, sozialistisch angeschaut zu sein, durch Schulbrecher, „Liberals“ Bürgerchaftsmitglieder und sonstige Herren einreichen lassen, glatt ablehnt, während die Kollegen der Wasser- und Erleuchtungswerke verhältnismäßig gut organisiert sind, langsam zwar, aber Schritt für Schritt vorwärts kommen in ihrem Bestreben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Und je intensiver die Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen sich gestaltet, je eifriger jeder die Arbeiten der hiesigen Ahtiale fördert, desto schneller wird das Tempo werden, in dem wir vorwärts kommen.

Dem wenn wir auch, wie gesagt, im verfloffenen Jahre Fortschritte gemacht haben, so bleibt doch noch viel zu tun.

Wir traten in das Jahr ein mit einem Mitgliederbestande von 311 Kollegen und 156,90 Mk. Aassenbestand. Die einzelnen Quartale schloßen mit 312, 315, 325 und 162 Mitgliedern, 342,79, 307,80, 416,28 und 611,16 Mk. Aassenbestand. Den freiziehenden Vergärbeitern überwiehen wir aus Lokalmitteln 100 Mk.; in Rot geratene Kollegen unterstühten wir mit 215,90 Mk. Außer den regelmäßigen Mitgliederverfammlungen, deren Feind durch unvergeßliche Anzahl eines Teiles der Kollegen dieses viel zu wünschenswerten überig ließ, arrangierten wir sechs öffentliche Verfammlungen, von denen sich zwei mit der Fackelzugfrage, eine mit den Bürgerchaftswahlen, zwei mit der Eringung eines Minimallohnes von 1 Mk. beschäftigten, während eine Verfammlungen Agitationszwecken diente.

In Laufe des Jahres ging auch ein langgehegter Wunsch eines Teiles der Kollegen in Erfüllung. Des Wunsches, eine Kasse zu besitzen. Aus freiwilligen Sammlungen wurden die Mittel dazu aufgebracht, und es ist nur zu wünschen, daß dieser Sammeltrieb und Eifer nicht bei jeder Gelegenheit bewähren möge. Die Lohnneube unter harter Veröaltung höherer und auswärtiger Gewerkschaften und brachte einen schönen Heberösch, der zur Anschaffung einer Kasse beizutragen wurde. Wie sehr diese dem Bedürfnis der Kollegen entspricht, geht aus der regen Teilnahme hervor. Mitte September eröffnete, wurden an 80 Kollegen 91 Kasse verliehen.

Da der Senat trotz Aufforderung seitens der Bürgerchaft bis jetzt immer noch keine Heberösch über die Lohn und Arbeitsbedingungen der hiesigen Arbeiter heron abt, hat die Ahtiale eine Statistik über diese Punkte im August angeordnet, deren Resultat zuzeit noch nicht vorliegt. Es wäre zu wünschen, daß die Kollegen recht geschäftig bei der Veröaltung der Fragen verfahren, damit auch der eventuelle Senatsochicht nachgeprüft werden kann.

Wenn demnach manches geschehen ist, so haben wir doch noch lange eine Heberösch, auf unsere Vorarbeiten einzugehen. Noch unter 1000 hiesige Arbeiter sind zu gewinnen. Bremens Ahtiale sind noch lange eine Kassebewerber und daß sie es

werden, muß Sache der händischen Arbeiter sein. Darum tun wir auch in diesem Jahre unsere Pflicht als Klassenbewußte Arbeiter!

Breslau. Unsere hiesige Zentrale veranstaltete in den letzten Wochen wieder eine größere Anzahl von Versammlungen, die durchwegs gut besucht waren und alle der Vorbereitung einer alle Betriebswerke umfassenden Petition der händischen Arbeiter zur Ursache hatten.

Ebenso wie in sämtlichen Versammlungen war der Verbandssekretär Mitarbeiter.

Obwohl nun alle Betriebswerke in Frage kamen, war auch nicht eine händische Verwaltung zu verzeichnen, in der für die Arbeiter halbwegs zufriedenstellende Zustände zu verzeichnen waren.

Bei den Gaswerken herrscht noch immer die verächtliche 21 Stundenwoche, auch weigert man sich, den Arbeitern die im Sommer verbriefete Alterszulage zu gewähren, darüber demüthigt man sich noch mehr.

Auch in den Wasserwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Müllwerken herrscht noch immer die verächtliche 21 Stundenwoche, auch weigert man sich, den Arbeitern die im Sommer verbriefete Alterszulage zu gewähren, darüber demüthigt man sich noch mehr.

Bei den Zuckerfabriken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Zementwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Holzwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Eisenwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Bleiwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Kupferwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Zinnwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Silberwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Bei den Goldwerken herrschen wenig erfreuliche Zustände, geringe Löhne, Stimmungsmissen und 21 Stundenwoche.

Schließlich haben wir noch einen Wunsch, der uns sehr am Herzen liegt, und dessen Erfüllung der Stadtverwaltung nichts kostet. Das betrifft die Abschaffung der Nummernschilde, die wir jetzt gezwungen sind, zu tragen.

Bei den sogenannten „Armentehrerlöhnen“, die sich aus Löhnen zusammensetzen, die ihre Familien derart veruachlässigen, daß der Magistral sich der Armen und Kinder annehmen mußte, wofür der ausgelegte Betrag von den Armentehrern durch Mehrten der Strafe dem Magistrat wieder ersetzt werden muß, ist das Nummernschild seit langen Jahren eingeführt. Jetzt aber ist auch uns bei Strafe der sofortigen Entlassung befohlen worden, dieses oft genannte Nummernschild zu tragen.

Wir erwägen aber in dem Tragen dieses Schildes eine Herabsetzung, da wir schließlich für unsere Familien sorgen. Anderem tragen wir die Ehre mit, sind also jederzeit erkenntlich. Schließlich sind wir auch gern bereit, an der Spitze, wenn es unbedingt sein muß, eine Nummer zu tragen, nicht aber an der Vorn, das uns doch zu sehr an Beschämung und ähnliche Anfechtungen erinnert. Die Männer, Gasmeserarbeiter, Mastgeldarbeiter und so weiter tragen ja auch keine Nummernschilder und sind dennoch als händische Arbeiter erkenntlich, warum sollen wir Arbeiter denn besonders auffallend erscheinen?

Auf diese Petition ist noch immer keine Antwort erfolgt. Parteien und Hungen gehört augenscheinlich mit zu den dienstlichen Obliegenheiten eines händischen Arbeiters.

Den jährlichen Lohn zahlte der Fact- und Promenadeverwaltung, er beträgt im Durchschnitt 2,20 Mk. und geht bummer bis auf 1,50 Mk. pro Tag, also noch weit unter dem ortsüblichen Tagelohn!

Aus dem, was wir schon, daß es noch sehr viele Arbeit für uns gibt und daß es dringend an der Zeit ist, daß die Arbeiter der Stadt Breslau sich höhere Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Der Geist in der hiesigen Verbandsführung ist ein guter zu nennen, und fast täglich wächst die Zahl der Organisierten, augenscheinlich sind 800 zahlende Mitglieder im Verbands. Möge Breslau auch im neuen Jahre diese erfreuliche Entwicklung beibehalten sein!

Charlottenburg. Versammlung am 30. Dezember 1905. Kollege Arndt hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Ziele unseres Verbandes. Die sich anschließende Diskussion war äußerst reger und manderlei Richtigkeiten kamen zur Sprache. Dann wurde auch gewünscht, daß für die Folge die Tätigkeit unserer Vertrauensmänner höher gehalten möge bei der Verteilung von Einladungszetteln und sonstigen Verbandschriften. Auch der Ausbau des Unterhaltungswekens in unserem Verbands wurde kurz erörtert. Diese Frage soll jedoch in einer der nächsten Versammlungen eingehender besprochen werden. Vom Arbeiterauschuss wurde berichtet, daß über Lohnangelegenheiten verhandelt worden ist. Die Bezahlung der Feiertage ist beantragt, ferner, daß in den Revieren um 5 Uhr Feierabend ist und daß die Unregelmäßigkeiten bei der Lohnregulierung ausgeglichen werden, da einige Kollegen nicht die ihnen zuzehörende Zulage erhalten haben. Ferner habe der Herr Director erklärt, daß, bevor ein Arbeiter, der über zwei Jahre im Dienste stehe, entlassen werde, der Arbeiterauschuss darüber zu hören ist. Schließlich sei im Hinblick auf die Lohnverteilung von allen möglichen Vereinen, Komitees usw. Versuche darüber geführt worden, daß einige Vorschläge den Arbeitern Schwierigkeiten machen wegen der Verteilung der Verbandschriften in den dienstfreien Pausen. Darauf soll verfügt werden sein, daß keinerlei Zettel in Betriebsräumen mehr verteilt werden dürfen, gleichviel von wem sie ausgehen.

Chemnitz. Zum Johneijahr tagte in Materns Restaurant, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung der händischen Arbeiter. Kollege Pfeiffer Dresden referierte über: „Warum und wo müssen sich die händischen Arbeiter organisieren?“ Leider Versfall wurde ihm für seinen einfindigen Vortrag zuteil. Demnach die Entlassung des Kollegen Reichenbach zur Sprache. A. hatte sich an den Wahlrechts Straßendemonstrationen beteiligt und war infolge dessen entlassen worden. Natürlich war A. beipflichtet worden. Auf Gasanfall II wurde überhaupt viel geredet und demüthigt. Diese Gelegenheit wurde wahrgenommen, um einen Verbandskollegen aus Pflafer zu werben. Im Stadtverordnetenkollegium wurde die Sache auch erörtert. Dabei erklärte der Bürgermeister, wie verschiedene Mütter mitteilen, der Rat könne nicht zugeben, daß ein händischer Arbeiter an Straßendemonstrationen teilnehme und seine vermeintlichen Meinungen dem Rat verleihe, eine obnein aufgeregte Volkswoge noch mehr anzufachen, der Rat werde vielmehr gegen jeden Angehörigen, der ähnlich verführe, in gleicher Weise vorgehen.

Nach einem Schlusswort des Referenten traten viele Kollegen dem Verbands bei.

Zuffendorf. In der am Sonntag, den 7. Januar stattgefundenen Wahlen der Vorstandskammer nach Beobachtung den Beirats für den 1. 1. 1906. Nach demselben Beirats bereits in die der Vorstandskammer wurde dann eine neue Wahl der händischen Arbeiter vorgenommen, um die Vorstandskammer zu veranlassen, so die Mitglieder des Komitees, Vorstandskammer, zu veranlassen und die Vorstandskammer der Vorstandskammer. Die Wahl wurde, nach ab 1. Januar der Vorstandskammer zu veranlassen. Der Vorstand eines

52

berung
in gut
Petition
unser
erfälle
werden
Hetro-
25 Mk.
verteilt.
Petitioner
unser
erhalten,
schlich,
mann.
auch
und zu

die
und die
indig-
zum
Schalt-
erhalten,
bei den
beist
meist
sie
auf
Zentrale
ihres
Vertraut,
Arbeiter
genügend,
schieden
es
wohl
werden,
kelt zu
die
aus
wäh-
haltungs-
für
Arbeit
die Ar-
Tempo

Kort-

bestande
angesehen
12,79,
Kund
in Not
den
auch un-
verlet zu
Stamm-
mit den
Kontroll-
Agri-

Wunsch
eine
die
dieser
werden
dießer
Haber-
de. Wie
de der
an

kamt bis
betreibe-
Zentrale
in denen
u. daß
Klagen
nachprüft

ch noch
Nach
Räte
sie es

Vorkaufschlages von 5 Pf. pro Woche wurde mit allen gegen eine Stimme ebenfalls zugestimmt. (Siehe Inserat.) Der Sinausweihung des Gauleiters Schäfer Mohr aus der Versammlung der Christlichen und Katholischen am Silvesterfest wurde in der Annahme folgender Resolution gedacht:

Die heute am 7. Januar 1906 stattfindende Mitgliederversammlung des Gemeindearbeiter Verbandes nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der Behandlung, die der Abteilungsleiter des katholischen Arbeitervereins und des „Christlichen Team-von-arbeiters Verbandes“ dem Sekretär des Gemeindearbeiter Verbandes Schäfer Mohr geltend gemacht hat, und beschließt, die entsprechenden öffentlichen Arbeiterversammlungen am 31. Dezember 1905 im „Karlshaus“ einzuladen. Die Vertreter des Sinausweihers und der genannten Kollegen durch den Vertreter der beiden Vereine, Herrn Erdmann, für die katholischen Arbeitervereins, Herrn Erdmann, für die christlichen Arbeitervereins. In übereinstimmender Beschlussempfehlung gegen die Annahme der Resolution, in einer Beschlussempfehlung zu der man die Vertreter des katholischen Arbeiterverbandes nicht zulässt und der nur die Kollegen einberufen zu werden, von welchen wiederum ein Teil nicht im nächsten Januar ist, eine Beschlussempfehlung, an der 2000 Arbeiter interessiert sind, an die Stadtdirektion zu stellen. Die Beschlussempfehlung eine Resolution „Mittel“ als „Wampel“.

In bezug auf die Wahl der Versammlung des katholischen Arbeitervereins, die sich am 11. Januar 1906 im „Karlshaus“ abhalten wird, ist die öffentliche Versammlung der Arbeiter der katholischen Arbeitervereins „Mittel“ des katholischen Arbeiterverbandes und katholischen Arbeitervereins.

Freiburg i. B. Generalversammlung am 11. Januar 1906. Der Bericht über die Tätigkeit der Kollege Arnold erhaltete den Jahresbericht. Das Jahr 1905 war für unsere Kollege recht arbeitsreich und brachte in öffentlichen Versammlungen, Mitgliedsversammlungen, Sitzungen usw. ein reges Leben. Am Ende seines Berichtes forderte Kollege Arnold die Mitglieder auf, auch im neuen Jahre alle ihre Pflichten zu tun. Der Rechenschaftsbericht des Kollegen Heber gab ein übersichtliches Bild der Entwicklung der Kollege von Januar bis Quartal. Die Mitteilung, dass in der Kollege ein Bestand von 200,70 Mk. vorhanden ist, wurde von den Mitgliedern mit lautem Beifall entgegengenommen. Der Rechenschaftsbericht erhaltete Kollege Winterhalter, Maie und Puderer seien in bester Ordnung gewesen, worauf dem Kassierer Lobzage erteilt wurde. Es wurde noch hervorgehoben, dass angeichts der vielen gegenwärtigen Nöden die Kollege mit dem Jahresabschluss zufrieden sein kann, und von der Zahlerei unserer Gewerkschaft später berichtet werden. Nach den letzten Mitteilungen soll auch unsere Kasse betr. Lohnerhöhung Erfolg haben. Hiesig wie das heißt. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: A. Arnold, erster Vorsitzender; W. Hofmann, zweiter Vorsitzender; S. Heber, Kassierer; W. Puderer, erster Schriftführer; E. Jäger, zweiter Schriftführer; M. Laaf, Bibliothekar; die Kollegen W. Hofmann, S. Föld und A. Winkel als Gewerkschaftsdelegierten; als Revisoren die Kollegen A. Linder, E. Keller und A. Reich. Zugleich wurden die verschiedenen Betriebsvereinsmitglieder ernannt.

Halle a. S. Die Ablehnung der Feuerungszulage hat die städtischen Gasarbeiter in nicht geringe Erregung versetzt. Die Erklärung des Herrn Direktors, dass keine Feuerungs- und Lohnzulagen gewährt würden, hätte bald zu einem Konflikt von größerer Tragweite geführt. Die Erregung verlegte sich so weit, dass man am liebsten durch einen Streit die Bewältigung der sozialen Pflichten erzwungen hätte. Eine Befriedigung der Gasarbeiter nahm hierzu Stellung. Es wurde eine allgemeine Lohnkampagne an Magistrat und Stadtverordnete beschlossen. Verschiedene arme Haushalte kamen noch zur Sprache. Auf Gaswert 1 müssen die Leute, nachdem sie sich gekümmert haben, vom Gaswerk 60 Meter über den Hof gehen. Wie leicht können sich hierbei die Arbeiter eine Erklärung machen, was das im Winter und bei in Schwitz, gebadeten Arbeitern bedeutet. Ist wohl jedermann einverstanden. Auch die Türen sind im schlechtesten Zustande. Heber schickte Bestellungen in Holzabfüllungsraum und auch stlage geführt. Es entwirrt sich dort ein Kampf, das es nicht möglich ist, etwas zu sehen. Bei ihrer Arbeit müssen die Kollegen mehr fühlen als sehen. Mühte dieses Hebel nicht durch Anwesenheit von Ehrenmitgliedern befreit werden? Auf Gaswert 11 befindet sich im Hof eine 2' Zinsen hohe Wendeltreppe, welche schon öfters zu Mägen Veranlassung gegeben hat. Frauen, welche ihren Männern Mitgefühl bringen, gehen sich diese Treppen zu benutzen, und was deshalb, weil keine Verhütung da ist, und sie daher oft von Unentschiedenen allen Anwesenden belästigt werden. Im Interesse der Zurückheit ist hier Abhilfe notwendig. Die Direktion wird bestmöglichst Gelegenheit nehmen, diese Mängel, welche von den Arbeitern hart empfunden werden, abzuändern. Kollegen von Halle. Eure Pflicht ist es, für einen besseren Ausbau eurer Organisation zu sorgen. Darum wuf für jeden die Parole heißen: Hinem in den Gemeindearbeiterverband.

Heilbronn. Generalversammlung am 7. Januar. Kollege Altvater Stuttgart begrüßte die circa 100 anwesenden Mitglieder mit herzlichen Worten. In einer längeren Ansprache schilderte er die Vermögensverhältnisse des vergangenen Jahres. Die Kollege Heilbronn habe viel Mühe und Arbeit gehabt, die aber gern geleistet sei, und insbesondere habe der Vorstand sein Bestes getan. Zum ersten

Male seien die Feiertage bezahlt worden, was unter der Kollegen-schaft eine große Freude hervorgerufen habe. Winter- und Sommer-lohn seien jetzt gleich hoch, die Abzüge für die kürzeren oder teureren Tage seien in Wegfall gekommen. Auch Lohnrückstellungen infolge der Feuerung haben stattgefunden. Die Pensionierungsfrage sowie die Frage der Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Mantelgeld hatten indessen noch ihrer Lösung. Darauf gab Kollege Wolf den Jahresbericht, aus dem wir entnehmen, dass die Mitgliederzahl im Anfang des Jahres von 106 auf 40 mündig, aber im 1. Quartal wieder auf 120 stieg, womit der höchste Stand bisher erreicht wurde. Außer den 13 Versammlungen fanden die erforderlichen Sitzungen statt. Im Tischbauamt und in der Güterinspektion seien noch viel Mitglieder für uns zu gewinnen, dort würde es mit der Organisation noch sehr ungünstig. Nachdem der Kassierer seinen Bericht gegeben, wurde ihm Entlassung erteilt. Die nun folgenden Wahlen ergaben folgendes Resultat: Adler, 1. Vorsitzender; Jäger, Kassierer; Wolf, Schriftführer. Ferner wurden noch für die verschiedenen Funktionen gewählt: Schauer, Wandel, Frau Meier, Christmann, A. und W. Knapp. Alsdann kamen diverse Mitteilungen zur Sprache, besonders wurde über die unangenehme Behandlung geklagt, die der Vorkamerverwalter den Arbeitern angedeihen läßt. Der anwesende Stadtrat Adler nahm hiervon Kenntnis und ermahnte die Kollegen zum festen Zusammenhalt und zu eifriger Forderung im Dienste. Er warnte auch vor zu reichlichem Alkoholgenuss. Nach einer überaus fröhlichen Ansprache des Kollegen Altvater fand die Versammlung in bester Stimmung ihren Schluss. Hoffen wir, daß auch das neue Jahr unsere Mühen lohnt!

Miel. Versammlung vom 7. Januar. Die vielen Kollegen sind mit einer Petition an den Magistrat herangezogen und fordern Feuerungszulage. Es besteht die Hoffnung, daß die Kollegen damit Erfolg haben. Nachdem über die Angelegenheit die Debatte erörtert war, erteilte der bisherige Vorsitzende den Geschäftsbericht für 1905. Das Jahr war sehr arbeitsreich und mühevoll. Es fanden außer 15 Mitgliederversammlungen die erforderlichen Vorstandssitzungen, Betriebsversammlungen usw. statt. Unsere Arbeit hatte Erfolg. Unsere Mitgliederzahl verdoppelte sich. Während wir ihrer zu Beginn 1905 nur 125 zählten, sind wir jetzt über 200. Dies ist bei der schwierigen Situation in Miel ein schönes Resultat, das nur gemeinsamer Arbeit zu danken ist. Bei den Vorstandswahlen vertrat der bisherige Vorstand die Meinung, daß diese Ämter für ihre Inhaber sehr förderlich sind, und es solle auch anderen treuen, tüchtigen Kollegen Gelegenheiten gegeben werden, sich zu betätigen und in Verwaltungsgeschäften auszubilden. Die Versammlung stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt und dementsprechend wurde der Vorstand bis auf den ersten Kassierer und Schriftführer ganz neu zusammengesetzt. Zudem wurden mehrere Beschlüsse betr. Inventarbeschaffung und Zinszulage gefaßt. (Verständigungen pro Kopf und Zeitung 50 Pf.) Mit großer Gemutigkeit kann berichtet werden, daß auch unsere Gaardener Kollegen sich jetzt dem Feuerungsanschließen. Lange haben sie uns trotz eifriger Arbeiten fern gehalten. Nachstens wird eine öffentliche Versammlung in Gaarden abgehalten werden, um den Kollegen Gelegenheiten zu geben, sich über unsere Fortschritte zu informieren.

Möln. Untergewerkschaft hat die Ehe, in der Nr. 3 der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ von Herrn König, deutscher Arbeitersekretär in Möln, in nicht weniger als drei Ausgaben auf- und abgedruckter Artikel angerempelt zu werden. Das obige, nicht haltbare, von demselben Herr König veröffentlichte, beweist nur, daß man in deutschen Landen einen päpstlichen Schrecken vor dem neuen und jüdischen Fortschritt unserer Nation im Rheinland hat. Wie der entsprechende zum Strohhalm, so greifen diese Herren, wenn der große König von Möln, in einer anderen Kolonie, um zu stellen, was zu tun ist. Das ist ein voranschreitender, Selbstmord, denn ich ihnen in diese Miel in arms nicht folgen. Leute, deren Arbeit so weit ist, auch in Besonderen nachlässiger Arbeiter nicht zu Worte kommen zu lassen, ungeachtet weil ich kein „christlicher Arbeiter“ bin, mit der anderen Seite aber meine Felsen Landarbeit mit demselben und vor bemerken, haben das Recht verdient, als christliche Fortschritt bestritten zu werden. Was kann ich solche Leute nicht nachgeben. Ich verlaufe in ihrer Richtung. Sollte es Herr König, nach einer Entschuldigung gelassen, so würde ich ihn auf die Nr. 2, die die Kollegen, Sonntag 1905, Seite 104, Seite 11, 12, 13, 14.

Wir ersuchen die Herrn König, wenn in Zukunft eine vor-schreitender in der Ausgabe der Zeitung keine Zahlungsmittel zu sein. Das geschickte Wort: Sie haben wie die Ferkel und überhaupt aus Ferkel hat der selbe Dr. Ziel nicht im Hinblick auf uns, sondern zu Oberbarmenium der Gem. und Gemeindegemeinen des Herrn König, gewollt.

Am übrigen erwarte ich mit Ansehen das Erscheinen der nächsten Nummer der „Gewerkschaftsstimme“.

Möln. Die Wahlen zu den städtischen Gemeindevorständen, die am 11. und 12. Januar stattfanden, endeten, wie uns gemeldet wurde, mit einem erheblichen Erfolg der organisierten

S. Schaefer.

Arbeiter. Bezüglich des Arbeiterausschusses der Gasanstalt Ehrenfeld kam eine Einigung des Fabrikarbeiter und des Gemeindearbeiterverbandes mit dem christlichen Transportarbeiterverband und den fünf Dunderschen Metallarbeitern zustande. Ersterer erhielten vier, letztere drei Vertreter zugesandt. Die Wahl vollzog sich glatt; eine Gegenliste war nicht aufgestellt. In der Gruppe 2: Elektrizitäts- und Wasserwerk einschließlich Stadtmontage, ging die Sache nicht so leicht von hinnen. Gelegentlich der Wahl etablierte sich in diesen Betrieben eine „Zeddenpartei“, die unter dem Vorsteher eines Kugazimberwälders eine Versammlung in einem Auleideraum des Werkes zugewogen abhielt und zu der Wahl in ihrer Weise „Stellung nahm“. Es wurden auch die nötigen Mandatdaten angesetzt. In einer jenseits des Gemeindearbeiterverbandes vermittelten Verhandlung, die in überflüssigen Besprechungen stattfand, wurde mit allen gegen neun Stimmen beschlossen, die Kandidaten der „Zeddenpartei“, der sich unterdessen die Christlichen anschließen hatten, nicht zu wählen. Man schritt zur Aufstellung eigener Kandidaten, die mit großer Mehrheit gewählt wurden.

In der Gruppe: Öffentliche Gasbeleuchtung, Mobilisierung und Installation (Gas- und Wasser-, Werkstätten-Anschlüsse und Arbeitsräume) (Arbeitsausübung), neigte ebenfalls die Linie des Gemeindefortschreitens und zwar mit überwältigender Mehrheit. In letzter Stunde veränderte man noch Reinerziehung in die Wählerliste hineinzufragen. Ein neuer Zettel (christlich?) kam zur Verteilung, auf den man die drei ersten Namen der Gemeindefortschreiter übernommen hatte, gegen welches Schwereinmengen die drei Kollegen aber sofort Protest erhoben hatten, hatten sie nur gewollt, wobei dieser Zettel kam. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein großer Teil der Wähler auf diesen Schwindel hereingefallen ist.

Religiösen können es manche Aufseher bei der Gasbeleuchtung noch nicht übers Herz bringen, die Arbeiter bei derartigen Wahlen ohne Bevormundung zu lassen. Einzelne pfeifen sich sogar als Kandidaten an, darunter einer, der noch vor Wochen zu seinen Leuten sagte: „Niel Geld wollt ihr verdienen, aber nichts arbeiten! Partei nur, es soll schon noch schöner kommen!“ Woraus erhebt, daß man immer noch meint, die hiesigen Arbeiter würden ihre Wähler selbst wählen. Diese Zeiten sind vorbei. Die Organisation wird noch mehr für die so nötige Aufklärung Sorge tragen. Dies ist die beste Gewähr dafür, daß die Arbeiter die Regelung ihrer Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Das Ergebnis der Wahlen ist amtlich noch nicht bekannt gemacht. Aus ihm wird sich das Zahlenverhältnis ergeben.

Ludwigshafen. Am Sylvesterabend fand eine sehr gut besuchte Weihnachtsfeier der hiesigen Zentrale statt, zu deren Gelingen die Mayelle Seyer, der Dramatische Klub Mannheim-Ludwigshafen, der Singverein Sabaria, sowie mehrere andere Personen beitrugen. Allen Mitwirkenden wurde lebhafter Beifall zuteil, welchen hiermit nochmals der Dank der Zentrale ausgesprochen wird. Stadtverordneter Schmidt hielt die Festrede, in welcher er nach einem lebhaften des lampigen Jahres aufforderte, weiterzukämpfen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterkraft. Durch den nach der Feier folgenden Tanz war auch für die Tanzlustigen Sorge getragen, so daß annehmen ist, daß jeder befriedigt durch das Gebotene unsere Weihnachtsfeier verließ.

München. Ein früherer Zug geht dank eifriger Vorbereitung durch die Reihen der hiesigen Arbeiter. Revue wird nicht auch das Personal vom hiesigen Schlacht- und Viehhof mit dem Gedanken vertraut, sich zu organisieren. Den Hinweis dafür lieferte uns die am beinahe Versammlung vom 5. Januar. Am Ende der Zusammenkunft ergab sich, daß in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse einige Wünsche bestehen. Eine 21 resp. 20mündige Arbeiter (laut Kartierungsschichtangaben), freie Tage kennt man nicht; sollte so jemand einen freien Tag erhalten, so ist das eine ganz besondere Bequemlichkeit. Kommt man in den Zeiten, die doch beizubehalten sind, werden und, vornehmlich fremde, kommt es doch vor, daß, welche 2, 3, 4 Tage solange der Feiertagsfeier nicht noch kommen. Unter diesen Umständen meinten die Arbeiter mit einem Geiz auf ein bestehendes, Teuerungsgebot an die Zentrale heranzutreten. Doch was nun? Einer nach dem anderen wurde ins Zentrum gerufen und befragt. Jedoch ein Teil von dem Gebote wurde nicht und es kam mit keinem Bescheid nicht zufrieden. Das mit solchen Einwendungen kommt werden von, wobei nur im Geizge. Die Antworten lauten mit einem Wort: Das ist zu finden und der ist wandte in den Kapazitäten. Man konnte sich auf die reguläre Zulage zum neuen Jahre, aber auch diese blieb aus. Jedenfalls werden wir nachstens Gelegenheiten nehmen, auch die Lohnfrage und andere Bequemlichkeiten im Hinblick auf die Meinungen des Schlacht- und Viehhofs zu behandeln.

Die Kollegen des Schlacht- und Viehhofs leben an diesem schmerzlichen Beispiel, wie mit den Lohnangelegenheiten umzugehen wird. Wäre damals schon eine richtige Forderung vorhanden gewesen, würde man die Wünsche der Arbeiter wohl besser erfüllt haben. Die Kollegen sollten diesem die entsprechende Freude geben und Mann zur Mann dem Gemeindefortschreiter Verband beitreten.

Schweinfurt. Mitgliederversammlung am 11. Dezember 1906. In dieser Versammlung trat ein außerordentlich gutartiges, was nicht allein

schon aus dem sehr guten Besuch ergab. Kollege Höhn aus Würzburg führte den Kollegen die Würzburger Verhältnisse vor Augen und erläuterte die Bedeutung der neuen Arbeitsordnung, die kürzlich infolge der regen Tätigkeit der Würzburger Kollegen eingeführt worden sei. Es müsse Aufgabe des Verbandes sein, auf die freihändige Gestaltung der Arbeitsordnungen hinzuwirken. Ebenso verbreitete sich Kollege Höhn über den Teil unseres Verbandesprogrammes, der sich mit der Forderung des Sommerurlaubes, Alters- und Hinterbliebenenversorgung befaßt. Zum Schluß erörterte er das Wesen der Arbeiterauschüsse. In der Diskussion wurde betont, daß auch die Schweinfurter Kollegen Reformen des Arbeitsverhältnisses anstreben müssen. Die Dinge seien hier längst sprudelt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Stellung des „Schweinfurter Angeblattes“, welche die hiesigen Arbeiter in ihrer Arbeit und geistigen Lage verspottet, entschieden verurteilt. Jedem wurde befohlen, dem Manuskript entsprechend den geistlichen Vorzügen die Konstituierung der Verbandssitzale Schwereinmengen anzugehen. Die weiteren Maßnahmen sollen später beschlossen werden. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Schluß und im neuen Jahre soll es mit Volltampf betragen!

Stettin. Mitgliederversammlung vom 5. Januar. Die Abrechnungen vom Weihnachtsvergügen und vom 1. Quartal 1906 wurden vorgelegt und von den Revisoren für richtig erklärt. Den allgemeinen Jahresbericht gab Kollege Pollack. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Pollack, 1. Vorsitzender, Zielaff, 2. Vorsitzender, Göttsche, 1. Schriftführer, Pürsch, 2. Schriftführer, Rebeck, 1. Schriftführer, Wegeward, 2. Schriftführer. Für den ausgedienten Revisor Grundemann wurde Grabow gewählt, als stellvertretender Grundemann und Zielaff. Zur Anstellung eines Lokalbeamten sprach nach einer hierauf bezüglichen Einleitung des Kollegen Pollack als Vertreter des Verbandsverbandes der Kollege Kohn-Perlm. Nach eingehender Klarlegung der Sachlage empfahl er den Anwesenden, die Sache nicht übers Auge zu blicken, sondern bis zum Verbandstage zu warten. Dieser werde sicherlich die Frage im allseitigen Interesse lösen. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Pollack, Grundemann, Masch, Köttner und andere. Da die Mehrzahl der Kollegen auf baldige Anstellung eines Beamten drängte und eine Einigung nicht zu erzielen war, so wurde zum Schluß von den Kollegen Kohn und Pollack vorgeschlagen, eine Kommission zu wählen, die sich mit der Sache nochmals zu beschäftigen hat. Dem wurde zugestimmt. Man verlangte jedoch, daß die Sache nicht auf die lange Bank geschoben wird. Von der Festsetzung eines bestimmten Termins wurde aber Abstand genommen. Unter Verbandsangelegenheiten waren drei Unterstützungsanträge eingegangen. Dem Kollegen J. wurden 15 Mk., dem Kollegen W. 10 Mk. bewilligt. Der Kollege Fr. zog sein Gesuch zurück, da er wieder Arbeit hat.

Stuttgart. Am Sonntag, den 14. Januar, fand eine zahlreich besuchte Generalversammlung statt. Nach der üblichen Eröffnung des verstorbenen Mitgliedes Jakob Vogel erstattete der Generalsekretär Altwater den Geschäftsbericht vom verflohenen Jahre. Aus demselben ist anzuführen, daß die Zentrale ihre Aufgaben erledigt in vier öffentlichen und zwölf Mitgliederversammlungen sowie insgesamt 62 Betriebsversammlungen. Außerdem hatte die Zentrale 26 Anschaffungen und drei Sitzungen mit den Vertrauensmännern. Die eingelaufenen Beschwerden wurden neben einer allgemeinen Petition am 20. März 1906 durch weitere 32 Eingaben erledigt, welche jedoch nur teilweise den ersten Erfolg zeigten, da eben auf dem hiesigen Markte bis jetzt nur „nach dem allernächsten Befund“ und nicht nach direkter Forderung und Gegenüberstellung der in Betracht kommenden Personen geurteilt wurde. In den meisten Fällen war der Betriebsverband über den Beschwerde gerührt und, auch mit der Unterstützung der Betriebsvereine betraut. Das sich hierbei ergebende Bild läßt sich mit Verdruß denken. Die nunmehr beschlossene Bildung einer „gemeindefortschreitenden Reichsverbandesmission“ erfuhr eine ziemlich hitzige Behandlung. Die Diskussion hierüber wurde die nach Erledigung der obigen Punkte mündlich.

Aus dem oben über die zu erwähnen: Dieser Bericht am 1. Januar 1906 verhandelt den Jahresbericht von 2247,68 Mk. war eine Einnahme von 2151,26 Mk. zu verzeichnen. Die Ausgaben betragen in 1906/07 Mk. also führte Gelder an die Kasse, 22 1/2 Mk. beurlaubte Krankentätigkeit, 533,80 Mk. Materialbezüge, 71,11 Mk. an Unterhändler und personale Bewältigungskosten, 229,61 Mk. Porto, Druckkosten usw., 302,15 Mk. für Heizung, 100 Mk. Porto an das Reichssekretariat und 72,80 Mk. diverse Ausgaben. Der Bestand des Kassenvermögens war zum Schlusse über Mittelstücken vom Gewerkschaftsbank mit 1500 Mk., 2031,11 Mk., 703 Einheiten kamen 159 Streckenmarken in der Mitgliederzahl an. Die Mitgliederzahl ist nunmehr 900. Geboren und im letzten Geschäftsjahr die Kollegen Seckert, Haacke, Ehrlich und 69 Zulauf.

Von den Revisoren wird die peinliche Vorführung nicht nur beantragt, dem Wohl der Öffentlichkeit zu erweisen. Dies geschah, wenn die Geschäftsbücher wurden demselben Comand- und Geizgeizigen übergeben. Ein Kollege, der das viele Geld und dem Kunden Mühseligkeit wurde am 1. dem Bestell der Versammlung. Der Vorstand eines Kollegen delegiert.

räuber bearbeiten werde, als das bisher der Fall war. Vom Stadt-
 fühlherrenamt seien nun Erkundungen angestellt worden, wie es
 in anderen Städten gehalten werde. Die große Mehrheit der be-
 rufenen Städte hätte geantwortet, beratende Kommissionen nicht zu
 halten. Es kämle aber in der Reihe der betroffenen Städte jene
 oberirdischen Städte, die bereits seit langen Jahren solche Kom-
 missionen bestanden. Auf den Rathhäusern dieser Städte dominiere
 das Zentrum, so in Köln und Aachen. Unter diesen Städte-
 verfassungen noch zurückzuführen, keine doch wahrlich für die
 Stuttgarter Gemeindevverwaltung kein Anlaß vor. Der Umstand,
 daß eine Anzahl Städte von der Bildung solcher Kommissionen
 absehen, könne doch kein Grund sein, in Stuttgart nun ebenfalls
 nichts zu tun. Es handle sich, namentlich in solchen Städten jahre-
 lange Erfahrungen gesammelt seien, hier nicht mehr um ein
 Experiment. Im den Beschlüssen des Herrn Oberbürgermeisters
 betriffs Abtichtung eines Teiles seiner Besorgnisse zu begehen,
 würde es sich empfehlen, den Antrag auf Schaffung der sozialen
 Kommission in zwei Teile zu trennen. Die Beratung und Be-
 schlussfassung der Kommission über allgemeine Arbeiterfragen, so
 über die Lohnhöhe, die Festsetzung der Arbeitszeit usw. längere die
 Disziplinargeschäfte des Stadtwirtschafts, die in der betamten
 Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters betont wurden, in seiner
 Beschlüsse. Falls der Gemeinderat der zu bildenden Kommission nur
 diese Aufgaben überweise, sei den Beschlüssen des Herrn Ober-
 bürgermeisters Rechnung getragen. Was die Entgegennahme von
 Beschwerden durch die Kommission anbelange, so habe Herr v. Gaus
 in seiner Erklärung gesagt, daß dies keine angenehme Aufgabe sei,
 auf die er gern verzichte. Das glaube er (Medner) auch gern.
 Wenn statt einer Person eine Kommission diese Beschwerden ent-
 gegennehme, prüfe und entscheide, so würde dadurch das Rechte-
 Gefühl der Arbeiter, das Vertrauen auf eine gerechte Entscheidung
 unbedingt erhöht. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß die
 Stellung der heutigen jüdischen Arbeiterschaft denn doch eine ganz
 andere sei, als sie es in früheren Zeiten war, wo nur wenige
 Arbeiter beschäftigt wurden. Heute heute ein hundert Arbeiter
 entlassen, so ginge ihm mit der Entlassung eine Reihe Vorteile,
 die er sich in langjährigem Dienst erworben, so z. B. die Pensions-
 berechnung, nur verloren. In Stuttgart sei deshalb eine Kom-
 mission ins Leben gerufen worden, die über all diese Fragen zu
 entscheiden habe. Das Verwaltungsgesetz und die Disziplin-
 gesetze übertragen dem Stadtwirtschaftsamt übrigens nur die Aufsicht
 über die jüdischen Bediensteten und Beamten. Von Arbeitern sei
 in der Jurisdiction keine Rede. Das Aufsichtsrecht über die
 jüdischen Arbeiter gründe sich auf § 7 der Arbeitsordnung. Dieser
 brauche nur geändert zu werden, um den Herrn Oberbürgermeister
 von dieser Last zu erlösen.

Oberbürgermeister v. Gaus: Die Dauer der Entscheidung über
 Beschwerden der Arbeiter finde seine Erklärung darin, daß die
 Sammlung des Materials und die Untersuchung Zeit in Anspruch
 nehme. Das wurde auch in Zukunft der Fall sein. Was die An-
 ordnung Sperlas betrafte, den Antrag in zwei Teile zu trennen, so
 bemerke er, daß der Gemeinderat schon früher beschlossen habe,
 die Bildung einer Kommission, die sich mit allgemeinen Arbeiter-
 fragen zu befassen habe, nicht zurückzuführen. Die innere Abteilung
 habe sich lediglich mit der eventuellen Schaffung einer Arbeiter-
 beschwerdekommision befassen können. Der Gemeinderat würde
 sich mit seinem früheren Beschluß in Widerspruch setzen, wenn er
 sich nun für Heberweisung allgemeiner Arbeiterfragen an die Kom-
 mission ausgesprochen würde. Es sei richtig, was Sperla ausgesagt
 habe, daß nämlich die Jurisdiction über die Dienstausführung von Ar-
 beiteren nicht liege. Die Aufsicht über die Arbeiter bilde aber das
 Merkmal der Aufsicht über Bedienstete und Beamte.

Gemeinderat Herrsch: 3. Bürgermeister, bezieht die Gelegen-
 heit, zu einer kurzen Bemerkung der Interpellation Mannat
 am Montag über die Gehaltsfrage der Polizeimannschaft
 abzusprechen zu bemerken, daß er das Polizeireferat ein langes Zeit
 nicht habe, eine eventuelle Zahl an der Besorgung der Rechnung
 der Mannschaften über als man liest.

Gemeinderat Sperla: Sozialdem. bezieht wiederum Herrn
 v. Gaus, daß die Arbeiter der Überbürgermeister be-
 trifft die Dienstausführung zu betonen und eine Disziplin-
 gesetze, die die Arbeiter zu räumen, den Antrag in zwei Teile
 trennen habe.

Gemeinderat Herrsch: 3. Bürgermeister, bezieht wiederum Herrn
 v. Gaus, daß die Arbeiter der Überbürgermeister be-
 trifft die Dienstausführung zu betonen und eine Disziplin-
 gesetze, die die Arbeiter zu räumen, den Antrag in zwei Teile
 trennen habe.

Gemeinderat Herrsch: 3. Bürgermeister, bezieht wiederum Herrn
 v. Gaus, daß die Arbeiter der Überbürgermeister be-
 trifft die Dienstausführung zu betonen und eine Disziplin-
 gesetze, die die Arbeiter zu räumen, den Antrag in zwei Teile
 trennen habe.

Gemeinderat Herrsch: 3. Bürgermeister, bezieht wiederum Herrn
 v. Gaus, daß die Arbeiter der Überbürgermeister be-
 trifft die Dienstausführung zu betonen und eine Disziplin-
 gesetze, die die Arbeiter zu räumen, den Antrag in zwei Teile
 trennen habe.

allgemeine Arbeiterfragen betriebe hier aber schon — es sei die
 Innere Abteilung. Es sei fraglich, ob der Oberbürgermeister über-
 haupt berechtigt sei, diesen Teil seiner Besorgnisse an eine Kommission
 zu übertragen, selbst in der Form, wie Gemeinderat Herrsch es vor-
 schlägt habe. Das Nebenanderdenken der zwei Anträge, die
 über die Fragen zu betenden hatten (Kommission und Überbürger-
 meisters), würde zweifellos widerwärtige Konflikte zeitigen und
 schließlich doch zur Auflösung der Kommission führen. Abgesehen
 sei er infolge Arbeitsüberlastung nicht in der Lage, den Vorsitz in
 dieser Kommission zu führen. Die Hebertragung allgemeiner Ar-
 beiterangelegenheiten an die Kommission sei ja bereits abgelehnt,
 man möge auch von der Erledigung der Beschwerden durch eine
 Kommission absehen und den Antrag ablehnen.

Gemeinderat Köster (Demokrat) spricht sich für Schaffung
 einer Beschwerdekommision aus.

Gemeinderat Mühl-Gannitzer (Nationalliberaler) will der
 Kommission nur eine Begutachtung der Beschwerden zugestehen. Die
 Entscheidung müsse nach wie vor vom Oberbürgermeister erfolgen.
 Er beipflichtet dann noch die Verhältnisse der Gannitzer Arbeiter
 und die der Polizeibeamten. Zur Entschuldigun führt er an, daß
 die Verzögerung zum großen Teil auf die Eingemendungen und
 die damit verbundene Steigerung der Arbeitslast der Beamten zurück-
 zuführen sei. Auf dem Rathhause herrsche Mangel an Personal.

Gemeinderat Stadtmayer (2. Bürgermeister) erklärt nochmals,
 seiner Ansicht nach werde eine Beschleunigung des Geschäftsanges
 durch die Kommission nicht erzielt werden, und in materieller Be-
 ziehung würden die Entscheidungen auch nicht besser werden.

Gemeinderat Aloß (Sozialdem.) wendet sich energisch gegen
 die Behauptung, durch die Behandlung der Beschwerden in einer
 Kommission würde den Arbeitern keine größere Rechtssicherheit ge-
 boten. Er erinnere an einen Fall, in dem der die Beschwerde ent-
 gegennehmende Beamte den Beschwerdeführer ermahnt habe, der
 christlichen Nächstenliebe zu gedenken und seine Beschwerde nicht
 weiter zu verfolgen. Wichtige Beschwerdepunkte habe der Beamte
 hingegen nicht gemündigt. Leider habe man sich bei der Behandlung
 der Arbeiter gerade nicht von christlicher Nächstenliebe leiten lassen;
 das wenigstens sei über, daß sich eine Kommission nicht von irgend
 einem religiösen Genuß sondern nur von der Gerechtigkeit leiten lassen
 werde. Die Beamtenfrage habe Herr Mühl angeschnitten. Er
 (Medner) müsse aber doch betonen, daß es das Volkstum an der
 Anstellung von Beamten nicht habe fehlen lassen. Mit einer noch
 maligen Vermehrung des Personalstandes solle man wenigstens
 so lange warten, bis das Schicksal der neuen Gemeindecandidaten
 entschieden sei. Zur Einführung der Kommission für Arbeiterangelegen-
 heiten sei jedoch jetzt der am wenigste Zeitpunkt. Man möge den An-
 trag auf Schaffung einer beratenden Kommission annehmen und
 den Beschluß auch bald durchführen.

Oberbürgermeister v. Gaus gibt eine andere Erklärung für den
 von Gemeinderat Aloß angeschnittenen Fall der sonderbaren Unter-
 suchung einer Arbeiterbeschwerde. Der Beamte betreute die ihm
 in den Mund gelesene Bemerkung von der christlichen Nächstenliebe.
 Er (Gaus) müsse dagegen protestieren, daß dieser eine Fall als
 typisch für die Untersuchungstherapie bei Arbeiterbeschwerden hin-
 gestellt werde.

Gemeinderat Herrsch (Sozialdem.) beantragt, sich grundsätzlich
 für Schaffung einer Arbeiterbeschwerdekommision anzuschließen.

Die Abstimmung ergibt 18 Stimmen, das ist
 die Mehrheit für Schaffung einer Beschwerde-
 kommission. Ueber die Begrenzung der Befug-
 nisse dieser Kommission soll die Innere Ab-
 teilung noch beraten.

Rus den Gemeinden.

Jahresbezahlung an jüdische Arbeiter in Karlsruhe i. B. Fort
 den im jüdischen Dienst beschäftigten jüdischen Arbeitern erhielten
 auf 1. Januar d. J. 120 die in § 7 des Arbeiterrechts vorgesehenen
 Jahresbezahlungen im Gesamtbetrage von 44 225 Mk. Der Aufwand
 für Jahresbezahlungen betrug auf 1. Januar 1900: 39 141 Mk., auf
 1. Januar 1901: 40 725 Mk., auf 1. Januar 1902: 41 475 Mk., auf
 1. Januar 1903: 42 060 Mk., auf 1. Januar 1904: 42 000 Mk., auf
 1. Januar 1905: 42 470 Mk. und auf 1. Januar 1906: 42 470 Mk.
 Gemäß den Jahresbezahlungen einwärts verpflichtet wurden 23 000
 Mann. Von den auf 1. Januar d. J. mit Jahresbezahlungen be-
 schäftigten Arbeitern konnten 23 zur Aufstellung als künftige Arbeiter
 gemäß § 22 des Arbeiterrechts mit Anwartschaft auf Ruhegehalt
 und Hinterbliebenenversicherung.

Die Vertretung der Stadtrechte an Bürgermeister. Das seit
 1900 geltende Gesetz über die Vertretung der Stadtrechte an
 Bürgermeister ist am 1. April 1904 in Kraft getreten. Die Ver-
 handlungen zwischen dem Stadtwirtschaftsamt und dem Gemeinderat
 sind im allgemeinen zum Glück verlaufen. Bürgermeister
 wird nicht, wie einst üblich, eine einjährige Abwandschichte

gaben, sondern während einer Reihe von Jahren Teilzahlungen leisten. Verfalls des Fälligkeitstermins und einer anderen gemeinsamer Einrichtungen wird eine fortdauernde Verbindung beibehalten werden.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

Konrad Schneider, Frankfurt a. M. 9. Januar 1906 im Alter von 62 Jahren.

Rudolf Hagemann, Kiel infolge Unfalls auf dem Schlachtfeld der Arbeit im Alter von 45 Jahren.

Leo Cieslinski, Charlottenburg 19. Januar 1906 im Alter von 24 Jahren. Ehre ihrem Andenken.

Unserem Verbandskollegen

Ferdinand Petry nebst Frau

zu ihrer am 26. Januar 1906 stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Filiale Elbertsd.

Achtung! Dresden Achtung!

Dienstag, den 30. Januar 1906, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“, Riesenbergstr. 2:

Ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:

- 1. Jahres- und Monatsbericht
2. Wahl der örtlichen Verwaltung.
3. Die Gewaltregelung des Revisionsmannes.
4. Anträge aus der Mission der Mitglieder.
5. Verhandlungsangelegenheiten.

Anträge müssen bis spätestens den 25. Januar 1906 eingebracht werden. Die Mitgliedsbücher sind vorzubringen.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist entzogen

Die Ortsverwaltung

J. A. J. J. Zeichen.

Filiale Karlsruhe.

Samstag, den 3. Februar 1906, abends 8 Uhr, findet im Restaurant zur Schrummel, Furladestraße, eine

Öffentliche Versammlung

für alle karlsruher Arbeiter statt. Tagesordnung wird im Voraus bekannt gegeben. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig

Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Berlin, Mitglieder der Sektion III.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 28. Januar 1906 bei Wertowski, Andreasstr. 26, statt. Der wöchentlichen Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes Mitgliedes zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.

Lehrplan für das I. Quartal 1906:

Montag: National-Ökonomie (Handel und Verkehr). 1. Weltwirtschaft und Handelsverträge. 2. Weltwirtschaft und Verkehrsverträge. 3. Allgemeine Tendenzen des Handels und Verkehrs.

Dienstag: Geschichte (Deutschlands politische Parteien I). 1. Entstehung 2. Nationalverein und Fortschrittspartei (1859-1866). 3. Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863-1865).

Mittwoch: Geschichte des Gewerkschaftswesens. 1. Entstehung des Arbeiterbegriffes. 2. Die alten Gewerkschaften. 3. Die Gewerkschaften in England. 4. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Donnerstag: Gesetzeskunde (Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik).

1. Einführung in unsere Verfassungsländer. 2. Staat und Gemeinden. 3. Die Gemeindeverwaltung. 4. Die Gemeindeverwaltung. 5. Die Gemeindeverwaltung. 6. Die Gemeindeverwaltung.

Freitag: Rednerschule (Übungen im Halten von Vorträgen und in der Diskussionsrede).

Freitag: Fortschrittskursus in Nationalökonomie (Finanzwissenschaftliche Übungen).

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie: Montag, den 15. Januar; Geschichte: Dienstag, den 16. Januar; Gesetzeskunde: Donnerstag, den 18. Januar; Rednerschule und Fortschrittskursus in Nationalökonomie: Freitag, den 19. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kurses im Sozialist. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nächstebenen, jedoch im Gottfried-Schulz, Admistr. 10a; Meul, Varnhagen 42; Vogel, Demmerstr. 12; Kranz, Plaudenstr. 7a; Sorich, Engel-Ufer 15.

Alle Anträge sind an den Vorsitzenden Hermann Zammé, Berlin S. 9, Reichgraben 3, oder an den Kassier Max Grünwald, Berlin S. 9, Gartenstraße 69, zu senden.

Der Vorstand.

Beilage zu Zeitschrift der Sektion III in Bonn und Eisenbahnen-Verbanden. Preis und Inhalt des Jahrganges 1905. Verlag: G. Fischer, beide Seiten 3. 1. Januar 1906. 24. - Preis: 1.00 Mark. Bestellungen: 1.00 Mark. 2.00 Mark. 3.00 Mark. 4.00 Mark. 5.00 Mark. 6.00 Mark. 7.00 Mark. 8.00 Mark. 9.00 Mark. 10.00 Mark. 11.00 Mark. 12.00 Mark. 13.00 Mark. 14.00 Mark. 15.00 Mark. 16.00 Mark. 17.00 Mark. 18.00 Mark. 19.00 Mark. 20.00 Mark. 21.00 Mark. 22.00 Mark. 23.00 Mark. 24.00 Mark. 25.00 Mark. 26.00 Mark. 27.00 Mark. 28.00 Mark. 29.00 Mark. 30.00 Mark. 31.00 Mark. 32.00 Mark. 33.00 Mark. 34.00 Mark. 35.00 Mark. 36.00 Mark. 37.00 Mark. 38.00 Mark. 39.00 Mark. 40.00 Mark. 41.00 Mark. 42.00 Mark. 43.00 Mark. 44.00 Mark. 45.00 Mark. 46.00 Mark. 47.00 Mark. 48.00 Mark. 49.00 Mark. 50.00 Mark. 51.00 Mark. 52.00 Mark. 53.00 Mark. 54.00 Mark. 55.00 Mark. 56.00 Mark. 57.00 Mark. 58.00 Mark. 59.00 Mark. 60.00 Mark. 61.00 Mark. 62.00 Mark. 63.00 Mark. 64.00 Mark. 65.00 Mark. 66.00 Mark. 67.00 Mark. 68.00 Mark. 69.00 Mark. 70.00 Mark. 71.00 Mark. 72.00 Mark. 73.00 Mark. 74.00 Mark. 75.00 Mark. 76.00 Mark. 77.00 Mark. 78.00 Mark. 79.00 Mark. 80.00 Mark. 81.00 Mark. 82.00 Mark. 83.00 Mark. 84.00 Mark. 85.00 Mark. 86.00 Mark. 87.00 Mark. 88.00 Mark. 89.00 Mark. 90.00 Mark. 91.00 Mark. 92.00 Mark. 93.00 Mark. 94.00 Mark. 95.00 Mark. 96.00 Mark. 97.00 Mark. 98.00 Mark. 99.00 Mark. 100.00 Mark.